



Roter Brandenburger

Zeitung der DKP | Landesorganisation Brandenburg
Frieden und Freundschaft mit Russland und China!

1-2024

Internet: brandenburg.dkp.de

Gemeinsam kämpfen – für Frieden, Arbeit und unsere demokratischen Rechte

Positionen der DKP zur EU-Wahl 2024

Am 9. Juni 2024 wird ein neues EU-Parlament gewählt. Auch die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) stellt sich zur Wahl. Sie wird in der BRD die einzige Partei sein, die die Friedensfrage konsequent in den Mittelpunkt stellt.

Die DKP soll für alle eine Wahlalternative sein, die gegen das Abwälzen der Krisenlasten und der Kriegskosten auf die kleinen Leute sind. Die Kandidatur steht für den Kampf um unsere demokratischen Rechte – gegen den reaktionär-militaristischen Staatsumbau.

Erstmals können bei dieser EU-Wahl Jugendliche ab 16 wählen – auch für sie soll die DKP eine Wahlalternative sein.

Auf Platz 1 der Liste der DKP kandidiert Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP. Auf Platz 2 steht Andrea Hornung, Bundesvorsitzende der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). Auf den Plätzen 3 und 4 finden sich Manaf Saleh mit palästinensischen Wurzeln und die Iranerin Shabnam Shariatpanahi.

Gemeinsam mit dem SDAJ-Mitglied Nikolaos Papadopoulos, der Friedensaktivistin Barbara Majd Amin, dem Hafenarbeiter Malte Klingforth, der Pflegerin Meike Siefker und dem Kraftfahrer Gerd Brucks führen sie die Liste der 43 Kandidatinnen und Kandidaten der DKP an. Aus dem Land Brandenburg kandidiert Rainer Georgius, der auf Seite vier Fragen zu seiner Kandidatur beantwortet.

Zehn Gründe für die Wahl der DKP zur EU-Wahl 2024

1. Wer den Kampf um Frieden, gegen die Kriegspolitik von NATO und EU, gegen Hochrüstung, Waffenlieferungen und Wirtschaftskrieg stärken will,
2. Wer Frieden mit Russland und China will,
3. Wer will, dass Deutschland aus der NATO und der EU austritt und die US-Soldaten und US-Atombomben aus dem Land wirft,
4. Wer gegen Kahlschlag, Kaputtsparen der öffentlichen Daseinsvorsorge und sinkende Reallöhne nicht auf die Illusion Sozialpartnerschaft setzen will,
5. Wer der staatlich geförderten Verarmungspolitik der Monopole den gemeinsamen Kampf der Werktätigen entgegensetzen will,
6. Wer seine Stimme nicht abgeben, sondern mit ihr für Frieden, gegen Armut und Demokratieabbau demonstrieren will,
7. Wer den Abbau demokratischer Rechte und die Uniformität der Qualitätsmedien nicht länger hinnehmen und die „Ruhe an der Heimatfront“ stören will,
8. Wer Frieden für Palästina will und die Diffamierung jeglicher Kritik an Israel als antisemitisch nicht zulassen will,
9. Wer internationale Solidarität vorne anstellen will und nicht die Interessen des (deutschen) Monopolkapitals,
10. Wer nicht will, dass Geflüchtete und Migrant*innen danach bewertet werden, ob sie sich für den Profit des Kapitals verwerten lassen, der muss

DKP aktuell

Ihre Unterschrift für die Kandidatur der DKP zur Landtagswahl am 22. September 2024

Die DKP will mit einer Landesliste und in vier Wahlkreisen zur Landtagswahl antreten.

Damit Widerstand wählbar ist, benötigt die DKP 2.000 Unterstützerunterschriften im Land Brandenburg.

Für eine wirkliche Alternative auf dem Stimmzettel!

Hier das Formular für ihre Unterschrift zum Herunterladen:

brandenburg.dkp.de/landtagswahl-2024

DKP wählen!





Auch NATO-Hauptleute können anders

Am 25. April 1974, ab 00:20 Uhr sendete das katholische Rádio Renascença das bis dahin im NATO-Gründungsstaat Portugal verbotene Kampflied „Grândola, Vila Morena“, gesungen von seinem Schöpfer José Afonso.

Dies war das Startsignal für einen Aufstand, der innerhalb weniger Stunden der weltweit am längsten währenden faschistischen Diktatur des Estado Novo ein weitgehend unblutiges Ende setzte.

Soldaten, die noch kurz zuvor im eigenen Land gegen Fortschrittskräfte und in den afrikanischen Kolonien für die Interessen ressourcengieriger NATO-Mächte kämpfen mussten, wurden plötzlich von den Volksmassen mit roten Nelken beschenkt und stießen das Tor zu einer umfassenden gesellschaftlichen Veränderung auf.

An ihrer Spitze standen keine Generäle, sondern vor allem Einheitskommandeure, die die Gräueltaten des Krieges gemeinsam mit ihren Soldaten und Unteroffizieren tagtäglich erlebt hatten. Oft selbst aus einfachen Verhältnissen stammend, wollten sie Frieden, Brot und ein Ende der Unterdrückung für alle in Portugal und in den um Unabhängigkeit kämpfenden Ländern. Ihre Bewegung der Streitkräfte MFA, die sich anfangs Bewegung der Hauptleute nannte, war eng mit dem kommunistischen Widerstand verbunden.

Der von ihrem radikalsten Teil gewollte gesellschaftliche Aufbruch wurde durch wirtschaftlichen Druck, durch eine mit Hilfe der SPD installierte rechte Sozialdemokratie und durch die Androhung einer „Lösung“ nach Pinochet-Vorbild ausgebremst. Geblieben sind jedoch nicht nur Straßen und Plätze, die an jene Capitães de Abril erinnern. Geblieben ist das Wissen darum, dass und wie auch Hauptleute eines reaktionären Kriegspaktes für die Sache des Friedens und des Fortschritts gewonnen werden können. ■ JM

Die Europäische Union

Reaktionär - Imperialistisch - Militaristisch - Aggressiv

Am Anfang stand das Versprechen, ja die Verheißung, die Europäische Union (EU) werde den Kontinent vereinen und Frieden und sozialen Fortschritt bringen. Es wurde die Illusion verbreitet, Europa könne unter kapitalistischen Bedingungen zu Einheit, Frieden und Wohlstand gelangen. Und was ist daraus geworden?

Antikommunismus als Triebkraft

Die Vorgänger der EU waren die Montanunion (1951) und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1957). Schon an deren Entstehung waren sowohl die europäischen als auch die Monopole der USA interessiert. Dafür waren ökonomische als auch politische Interessen und Ziele maßgebend. Eine wichtige Triebkraft war der Antikommunismus. In den revolutionären Umgestaltungen in den Staaten Osteuropas, in der verbreiteten revolutionären Stimmungen in den kapitalistischen Staaten Westeuropas und vor allem in der Existenz und dem zunehmenden Einfluss der Sowjetunion sahen sie eine Bedrohung für ihre imperialistische Politik.

Auferstehung der deutschen Monopolbourgeoisie

Die Vertreter des deutschen Monopolkapitals, die mit Hilfe vor allem der USA und Englands den zweiten Weltkrieg überlebten, ordneten sich aktiv in diese Front ein. Dazu gehörten auch solche, die schon während der Zeit des Faschismus einflussreiche und Regierungsfunktionen innehatten. Sie machten den amerikanischen und englischen Konzernherren und Regierungen konkrete Vorschläge, sowohl zu „wirtschaftlich-technischen Aspekten“

als auch die „politische Ebene“ betreffend. Arnold Rechberg, führender Mann des Kalitrusts stellte schon im Oktober 1945 der amerikanischen Militärregierung eine Denkschrift zur Verfügung. Er wurde deutscher Ratgeber dieser Regierung! Und es waren viele mehr!

Verweisen muss man auf die Rolle, die der Finanz- und Wirtschaftsfachmann und Minister der Hitlerregierung, Hjalmar Schacht, im Zusammenspiel zwischen den deutschen und internationalen Monopolen gespielt hat. Im Nürnberger Prozess wurde Schacht am 1. Oktober 1946 mit drei Stimmen des Westens gegen die des sowjetischen Vertreters freigesprochen. Am 13. Mai 1947 verurteilte ihn ein deutsches Gericht zwar zu acht Jahren Gefängnis, aber schon am nächsten Tag ließen die amerikanischen Behörden in Deutschland ihn ins Krankenhaus bringen. Einen



*„Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.“
Rosa Luxemburg*

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

www.unsere-zeit.de | www.uzshop.de



JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!
Das Abo ist gratis und endet automatisch.
E-Mail: abo@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28



Monat später ließen sie verlauten, dass der ehemalige Reichsbankpräsident „einstweilen“ auf freien Fuß gesetzt wurde. Obwohl er den Status eines Angeklagten hatte, der für die Verbrechen des Nazi-Regimes Mitverantwortung trug, hatte Schacht immer die Möglichkeit, seine Vorstellungen über die Zukunft des deutschen Kapitalismus und über das Zusammen-

wirken mit den Westmächten zu äußern - und gehört zu werden. Er sah die Zukunft des deutschen Kapitalismus als ein Glied in der Front gegen den Sozialismus. Antikommunismus und Gewerkschaftsfeindlichkeit gehörten zu seinen Lebensmaximen. Sein Buch „Abrechnung mit Hitler“ (1948) schließt er mit der Forderung, Deutschland als gleichberechtigten Partner in die „atlantische Völkergemeinschaft“ aufzunehmen. „Deshalb dürfen wir der festen Meinung sein, dass auch die neuesten Opfer, die Deutschland auferlegt worden sind, einen Sinn haben... Vor dem Krieg hatte die Welt Deutschlands Zwangslage und sein Suchen nach einem friedliche Weg zu seiner Selbsterhaltung nicht verstanden. Nach dem Kriege erkennt die Welt, was sie durch eine Vernichtung Deutschlands verlieren würde.“

Seine Pläne für die Wirtschaft waren noch konkreter. Sie knüpften an seinen Verhandlungen an, die er schon 1943/44 mit Allen Dulles und den anderen USA-Vertretern geführt hatte. Sie boten eine „friedliche“ Neuaufteilung entsprechend der Macht in der Welt des Kapitals an. Schacht wollte nicht nur ein „vereinigtes Europa“, sondern legte - in Kenntnis der amerikanischen Ziele - die Idee „einer einzigen Welt“ vor. In der Zeitung „Die Weltwoche“ (Schweiz) schrieb er 1948: „Ein führender amerikanischer Einfluss bei entsprechender Kapitalinvestierung in die europäische Industrie würde einen wesentlichen Schritt auf eine einheitliche Weltwirtschaft unter einheitlicher Führung bedeuten“.

Und Schacht war nur ein, wenn auch sehr wichtiger, Sprecher des deutschen Kapitals. Gefährten auf dem Weg der Spaltung Deutschlands und seiner Integration in die Bündnisse des internationalen Kapitals, waren Hermann Abs, Robert Pferdmenges, der ehemalige Reichskanzler Brüning und nicht zuletzt Konrad Adenauer und Ludwig Erhard. Ihr gemeinsames Anliegen war die Rettung der Macht des Kapitals und seiner internationalen Expansion auf der Grundlage des Antisowjetismus und Antikommunismus sowie des Neokolonialismus.

Deutsches Konzept heute

Die politische Union war und ist ein konstantes Ziel in der Europa-Politik aller bisherigen Regierungen der BRD. Dieses Ziel wurde in einzelnen Perioden mit unterschiedlicher Intensität verfolgt, aber nie aufgegeben. In den letzten Jahren wurde jedoch eine neue Akzentuierung eingeführt. Man ist bestrebt,

den deutschen Anspruch zu fundieren, wonach die „bisherige europäische Ordnungsmacht Amerika“ zu ersetzen sei. Es wurde das „deutsche Interesse“ an einem „wirtschaftlich und politisch leistungsfähigen Großraum“ mit einem Hinterhof, der bis nach Zentralasien und in den Nahen Osten reicht, verkündet.

Deutschland habe ein „legitimes Interesse an seiner dauerhaften und festen Einbindung in einen wirtschaftlich und politisch leistungsfähigen Großraum, der anderen Weltregionen vergleichbar ist“. Deutschland müsse als als größter und wirtschaftlich stärkster Staat in Europa „in vorderster Linie“ für ein Europa eintreten, das in der Lage sei, sich „gegen äußere wirtschaftliche, politische und gegebenenfalls auch militärische Pressionen zu wehren“.

In einer SPD-Denkschrift über „Grundwerte für eine gerechte Weltordnung“ wird der angestrebte „Großraum“ wie folgt umrissen: „Um West- und Mitteleuropa, das sich als integrierte Weltregion etabliert, liegen in einem Halbkreis von Ost nach Süd Russland, die früher mit der Sowjetunion verbundenen Republiken Weißrussland, Ukraine und Moldawien, sowie Transkaukasien und Zentralasien, die Türkei und die Länder des Nahen Ostens und des Mittelmeeres“.

Die Rolle der EU wird dabei wie folgt gesehen: „Deutschland muss dafür eintreten, dass Europa (also nicht nur EU!) zu seinen Nachbarn eine besonders intensive, konstruktive und dauerhafte Partnerschaft aufbaut, welche die Lösung der sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und politischen Probleme der europäischen Nachbarschaft nicht - wie bisher - vorwiegend den Vereinigten Staaten überlässt“.

Aus der Sicht Deutschlands (gemeint ist Deutschland der Monopole) gehe es heute um die Grundentscheidung, ob die „großen westlichen Nationen“ sich weiterhin der Führung der Vereinigten Staaten unterwürfen, was eine „instabile“ und nicht annehmbare Ordnung bedeute, oder durch die Weiterentwicklung eigener Machtmittel eine nach den eigenen Interessen definierte „globale politische Ordnung“ durchsetzen.

Der „europäische Raum“ müsse vor allem durch präventive Maßnahmen geschützt werden, und das schließe „rechtzeitige präventive Intervention“ weltweit ein.

Die Geschichte und Politik der EU demonstrieren, dass durch diese multilaterale kapitalistische Staatenorganisation weder die Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Staaten noch die zwischen ihnen gelöst bzw. beseitigt werden können. Die Gründung und Entwicklung der EU selbst wurde zur Quelle von Widersprüchen! ■ AL

**Raus aus
EU und
NATO!**





Partei der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten

Vor unseren Augen führt eine handvoll von Superreichen, die Besitzer der Banken und Konzerne, einen Kampf gegen die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen und Erwerbslosen.

Für diesen Klassenkampf haben diese Superreichen einen Politikbetrieb, einen Staat inklusive Polizei und Militär und nicht zuletzt Medien, die ihre Profitinteressen durchsetzen und propagieren.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) bezieht in diesem Klassenkampf Position für die Lohnabhängigen und für ihre Interessen.

Kommunisten leisten Widerstand:

Gegen die Ausweitung des Niedriglohnbereichs und das Hartz-IV-Regime; gegen eine weitere Absenkung der Renten und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge; gegen Aufrüstung und für Frieden mit China und Russland.

Wir sehen in der DDR die größte Errungenschaft der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland und verteidigen ihr Erbe.

Uns eint in der DKP die Einsicht, dass die Interessen des arbeitenden Volkes nur dauerhaft gesichert werden können, wenn die Banken und Industriebetriebe dem Privatbesitz der Reichen entzogen und in Gemeineigentum überführt werden.

Die Reichen haben sich gut organisiert. Deshalb müssen sich die Lohnabhängigen besser organisieren: In den Betrieben, in ihren Stadtteilen und Gemeinden – in der DKP.

Mach mit!



Den Roten Brandenburger per Mail beziehen oder verteilen?

Einfach eine Mail schreiben an: brandenburg@dkp.de

Impressum und Kontakt

DKP-Landesorganisation Brandenburg
Carl-Reichstein-Straße 2
14770 Brandenburg
Mail: brandenburg@dkp.de
Internet: brandenburg.dkp.de
Vi.S.d.P.: W. Richter - c/o DKP Brandenburg -
Carl-Reichstein-Straße 2 - 14770 Brandenburg



Der IT-Spezialist Rainer Georgius (38) aus dem Land Brandenburg kandidiert zum ersten Mal für die DKP zur EU-Wahl. Er ist seit 13 Jahren Mitglied der DKP und beantwortet Fragen zu seiner Kandidatur.

Was motiviert dich gerade jetzt für die DKP an den Start zu gehen?

An erster Stelle steht für mich die Frage der Außen- und Kriegspolitik der EU-Kommission und die Rolle der Bundesregierung dabei. Wir müssen die Chance des Wahlkampfes nutzen, unsere Positionen dazu öffentlich zu machen. Die EU war von Anfang an kein Friedensprojekt und Friedensgarant, wie behauptet, sondern ein Konstrukt zur Durchsetzung der Interessen vor allem deutscher Monopole. Im Vertrag von Lissabon wurde die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik verankert – der Weg in die Militarisierung und der Einbindung in die NATO-Kriegspolitik, da fast alle EU-Staaten auch Mitglied der NATO sind.

Was kannst du als Kommunist im EU-Parlament ausrichten?

Jede Stimme im Parlament die gegen Krieg und Waffenlieferungen stimmt, ist eine Stimme des Friedens. Weiterhin sparen die Mitgliedstaaten mehrere Milliarden Euro, die sie nicht für Rüstung und Armeen ausgeben müssen – diese Milliarden Euro können sinnvoller investiert werden, zum Beispiel in Bildung und Bildungseinrichtung sowie in Infrastruktur- oder Umweltprojekte. Ich habe lange Zeit in Lissabon in Portugal gelebt und würde mich im EU-Parlament dafür einsetzen, dass in allen Mitgliedstaaten die gleichen Standards gelten, denn es kann nicht sein, dass in einigen Ländern die Werktätigen ausgenutzt werden, weil dort die Löhne niedriger als in anderen, aber die Lebenshaltungskosten vergleichbar hoch sind.

Ich möchte:

- Den Roten Brandenburger zugeschickt bekommen, um ihn in meinem Umfeld zu verteilen.
- Kontakt zur nächsten DKP-Gruppe in meiner Nähe.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

E-Mailadresse

Bei Interesse Box ausfüllen, ausschneiden und in einem ausreichend frankierten Briefumschlag schicken an: DKP Brandenburg, Carl-Reichstein-Straße 2, 14770 Brandenburg – Oder E-Mail an: brandenburg@dkp.de

Ich möchte die DKP Brandenburg finanziell unterstützen.

Sparkasse Märkisch-Oderland, IBAN: DE86 1705 4040 3000 3558 20

